

/// Wer ist das Volk?

ODER: WAS IM WANDEL BESTEHEN UND VOR DEM VERGESSEN BEWAHRT WERDEN MUSS

HEINRICH OBERREUTER /// Wenn die Herrschaft im Staat wie ehemals in der DDR ihre ohnehin schütterte Legitimität verspielt hat, ist die Parole „Wir sind das Volk“ nachvollziehbar, selbst wenn sie seinerzeit nicht von jedermann geteilt wurde. Diese Parole aber für eine beliebige Protestdemonstration in Anspruch zu nehmen, ist anmaßend. Warum? Weil die Legitimität dieser Demokratie außer Zweifel steht, weil ihre Normen selbst das Recht auf Kritik und Protest einräumen, und weil Gegensätze in Richtungs- wie Detailentscheidungen längst keine Situation begründen, in der – im Kern revolutionär – „das“ Volk gegen „die“ Macht aufsteht.

„Das“ Volk? Volk heißt Pluralität

Wir haben es in jüngster Zeit mit einer Bewegung zu tun, deren Sympathisanten sich im Wesentlichen gesellschaftspolitisch herausgefordert oder unbehaglich fühlen, die aber weder „die“ Politik, noch gar „das“ Volk repräsentieren. Für „das“ Volk kann solch eine Bewegung schon deswegen nicht stehen, weil sie selbst in sich höchst heterogen ist. Damit ist sie freilich wie das Volk.

Denn die Frage „Wer ist das Volk?“ lässt sich nur mit Blick auf dessen Pluralität beantworten. Exakt aus dieser Pluralität erwächst wiederum die Kritik an solchen Bewegungen wie PEGIDA. Das Volk mag eine staatsrechtliche Größe

Volk heißt **PLURALITÄT**.

sein. Real existiert es nur in seiner Vielfalt, solange man ihm nicht ideologische Einheitlichkeit aufzwingt. In seiner Vielfalt wird es auch politisch repräsentiert. Dafür steht etwa, vom Bundesverfassungsgericht so definiert, zentral die Oppositionsfreiheit, weil selbstverständlich auch Opposition dem Volk gleichberechtigt Ausdruck gibt, keines-



Quelle: mauritius images / imageBROKER / Jochen Tack

Protest, Opposition, Ausdruck der Meinungsvielfalt ... aber nicht Volkes Stimme!

wegs nur die regierende Mehrheit. Dem gehen in der Gesellschaft die Freiheit der Gedanken und die Freiheit, sie auszusprechen, voraus, also auch das Recht, Unsinn zu reden und zu denken, und zu wählen.

Es mag befremdlich klingen, ist aber doch banal: Der Grundrechtsschutz untersagt dem Staat, Qualitäten von Meinungen zu bewerten, er gewährleistet vielmehr ihre öffentliche Äußerung. Der bewertende, streitige Diskurs kommt aber sehr wohl der Gesellschaft zu. Rede und Gegenrede haben uns letztlich auch aktuell das vielfältig differenzierte Volk vor Augen geführt. Wenn die Meinungsfreiheit für die freiheitliche Demokratie „schlechthin konstituierend“ ist, ist die Erwartung durchaus verständlich, diese Freiheit möge informiert und rational ausgeübt werden. Gleichwohl ist diese Erwartung oft genug eitel.

Wir bewegen uns im Kernbereich der Demokratie, besser, des demokratischen Verfassungsstaats. Denn worauf beruht das ihn tragende Prinzip der legitimen Vielfalt? Es beruht auf der in Menschenwürde und Menschenrechten gründenden Freiheit des Individuums. Daraus folgt alles andere – liberale, offene Gesellschaft, Staatsordnung und politische Willensbildung. Pluralismus ist also alles andere als wertrelativistisch.

Wenn aber über die Identität der Deutschen – wieso eigentlich nicht? – diskutiert werden soll, dann gehören

Vielfalt ist NICHT wertrelativistisch.

nicht nur Geschichte, Kultur und Sprache dazu. Zu dieser Identität gehört auch jener schmale Grundkonsens über Menschenwürde und Freiheit, ohne den es keine Vielfalt gäbe. Wir sehen, dass ein Teil unserer Gesellschaft, herausgefordert durch andere Kulturen, sich vornehmlich in dem findet, was er nicht will und nicht sein möchte. Zu wissen, was man nicht will, führt aber keineswegs zu einem positiven Konsens und sei er noch so schmal. Wer Identität, wer Patriotismus verteidigt, muss stets die Menschenwürde mitdenken. Solange er das tut, kann er kaum ein Extremist sein. Tut er es nicht, verlässt er den Boden unseres Verfassungsverständnisses. Zugespitzt könnte man sagen: Er bürgert sich aus. Und: Wer zu uns kommt, hat Anspruch auf humanen Respekt.

Aber umgekehrt hat dieses Gemeinwesen auch einen Anspruch auf Respektierung seiner eigenen wertgebundenen, säkularen Freiheitsordnung. Deren Demontage, die Demontage von Pluralität, ist niemandem erlaubt, weder zugewanderten, noch einheimischen Extremisten. Aber ich kann auch nicht erkennen, dass die Anregung zur Integration in diese Freiheitsordnung eine Zumutung wäre, solange Pluralismus selbst nicht als Zumutung empfunden wird – wie von Fundamentalisten jeglicher Couleur. Das heißt, auch Integrierte werden zum Volk gehören. Und „das“ Volk wird sich um Nuancen verändern – wie je.

Kommunikation stiftet Legitimität

Es ist eine alles andere als neue Erkenntnis, dass Kommunikation der Kitt ist, der ein zuträgliches Maß gesellschaftlicher Integration bewirkt, der im Grunde auch eine Selbstentfaltung des Individuums ermöglicht. Dass Kommunikationsdefizite Politikkrise bewirken können,

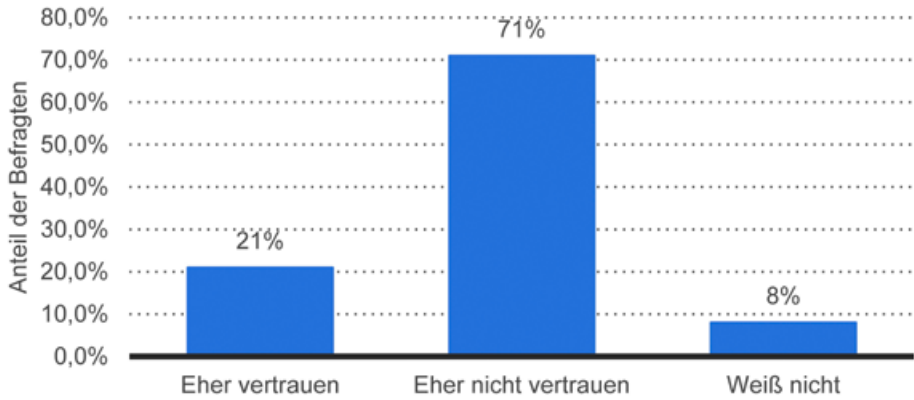
ist ebenso wenig neu. Gerade die Demokratie beruht auf aktueller Legitimitätsgewinnung durch Kommunikation. Wie soll auch ohne sie Vertrauen gewonnen werden?

KOMMUNIKATION ermöglicht Integration und Selbstentfaltung.

Dessen Verfall erleben wir seit etwa zwei Jahrzehnten in allen liberalen Demokratien, nicht zuletzt in Europa mit rechter und linker Populismusresonanz in den Parteiensystemen, übrigens in weit größerem Umfang als in Deutschland in Frankreich, Österreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, England, Italien, Spanien, Griechenland usw. Zynismus und Verachtung gegenüber der politischen Elite „within the beltway“, die also innerhalb des Washingtoner Autobahnringes agiert, sind z. B. gerade auch in den USA seit langem tief verwurzelt – nicht erst seit Trump. Auch in Großbritannien gibt es Vertrauensbrüche zwischen „London“ und dem Land, und entsprechende Vertrauenseinbrüche kennen wir hierzulande ebenso. Grundlegende Veränderungen der Politik, ihre zunehmende Komplexität (Internationalisierung, Globalisierung, Euro- und Finanzkrise, Systemumbrüche) und damit verbundene Erklärungs- und Verständnisschwierigkeiten sind dafür verantwortlich, Kommunikationsdefizite also.

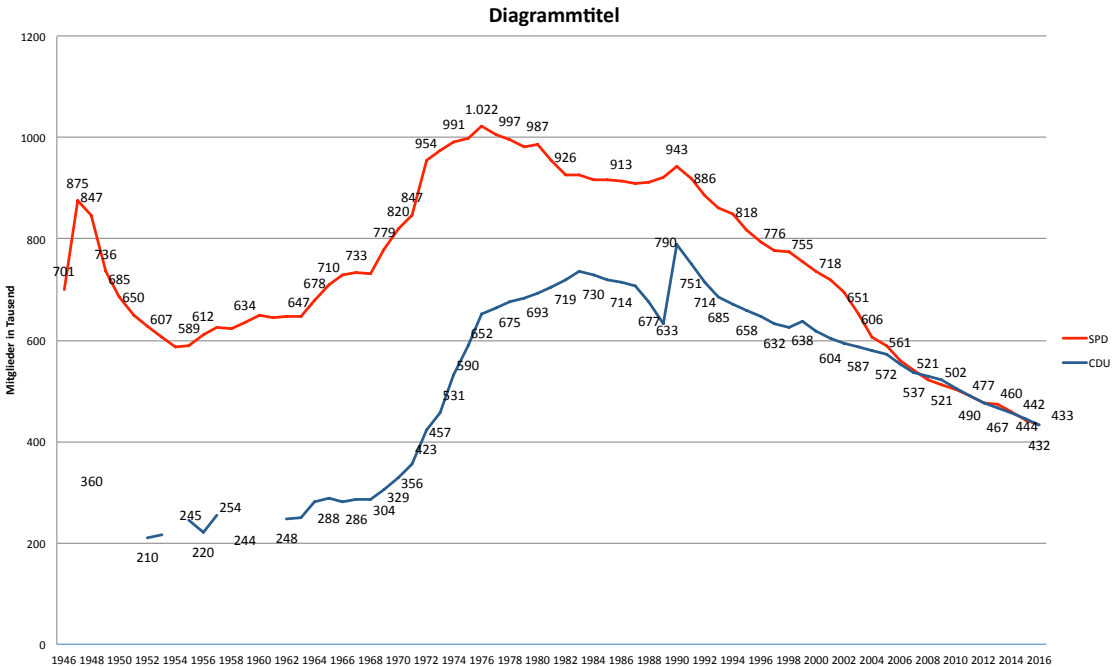
Antibewegungen und Antiparteien zogen daraus Nutzen. Hierzulande herrschen schon seit einer ganzen Weile An-

Abbildung 1: Vertrauen der Bürger in die politischen Parteien



Quelle: European Commission

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung CDU und SPD seit 1990



Quelle: Eigene Darstellung, Daten: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 27.

tistimmungen. Was in jüngster Zeit ausgebrochen ist, ist keineswegs neu. Neu ist aber die Artikulations- und Organisationsbereitschaft. Das kritische Bild von den Eliten „within the beltway“ liefert uns einen Erklärungsansatz wie gleichermaßen das Bild von der Bonner Käseglocke oder der Berliner Glaskuppel, welche den Politik- und Medienbetrieb überwölben. Es ist der Unterschied zwischen den „Ins“ und „Outs“, zwischen „Oben“ und „Unten“, zwischen elitär abgehobenem Establishment und „einfachen“, in ihren Interessen sich vernachlässigt fühlenden Bürgern. Es ist wie im Westen nach 1968, aber ohne die damalige Ideologie, eine Systemkritik, die das politische Personal, Institutionen und auch die traditionellen Medien einschließt. Sie alle verdienen nach dieser Sicht kein Vertrauen. (Abb. 1, S. 23)

Den politischen Parteien wird es seit jeher entzogen, in jüngster Zeit aber besonders heftig, sowohl allgemein als auch speziell, wie sich im Absturz der Mitgliederzahlen der Volksparteien seit 1990 zeigt (ohne dass die kleineren den Trend umkehren). (Abb. 2, S. 23)

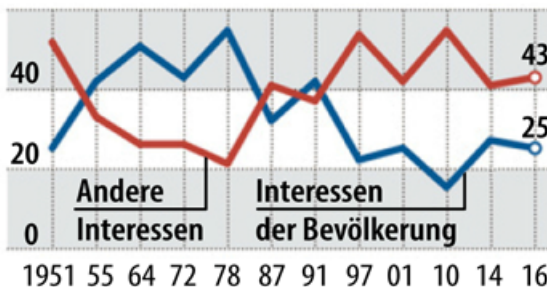
Die Bürger bringen ihren zunehmenden VERTRAUENSVERLUST in die Politik und die Parteien zum Ausdruck.

Als sich die Mitgliederzahlen von CDU und SPD im Absturz schnitten, ließ sich die Vorsitzende der CDU zu der erstaunlich analysearmen Bemerkung hinreißen, ihre Partei sei jetzt auf Augenhöhe mit der SPD angekommen. Umgekehrt: Als in der alten, kleineren BRD die Parteien mehr als 2 Millionen Mitglieder hatten und über 90 % der Wahlberechtigten sich an Wahlen beteiligten, war in der Politikwissenschaft die These von der Legitimationskrise en vogue.

Auch das politische Führungspersonal steht in keinem gutem Ruf, weder bezüglich seiner Gemeinwohlfähigkeit noch seiner (intellektuellen, kommunikativen, politischen) Fähigkeiten. (Abb. 3 u. 4, S. 25)

Abbildung 3: Abgeordnete als Interessenvertreter der Wähler

Glauben Sie, dass die Abgeordneten in Berlin¹⁾ die Interessen der Bevölkerung oder andere Interessen verfolgen? (in Prozent)



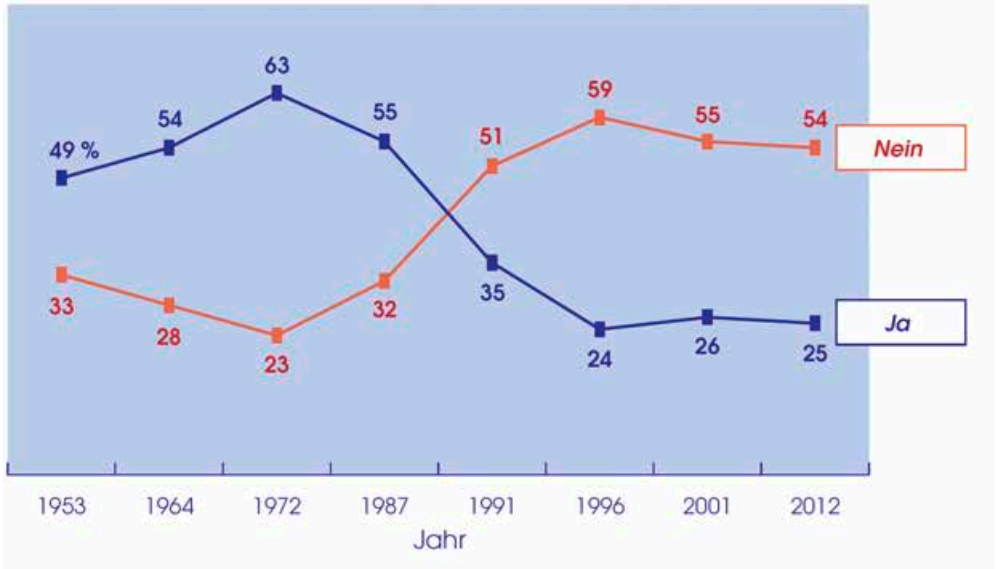
1) Bis 1997: Bonn.

Quelle: FAZ v. 18.05.2016, S. 8.

Abbildung 4: Fähigkeiten der Abgeordneten

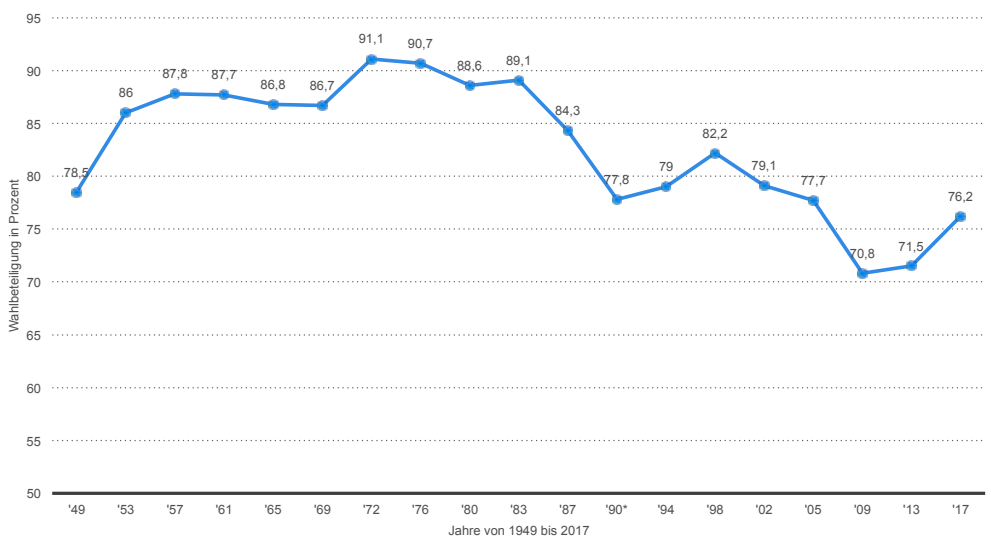
Frage:

"Glauben Sie, man muss große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden?"



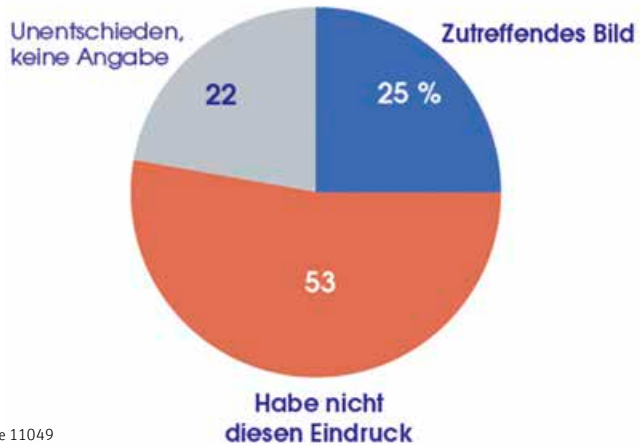
Quelle: Thomas Petersen: Die Sehnsucht nach politischer Orientierung, in: FAZ v. 23.5.2012.

Abbildung 5: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949



Quelle: Statista, Der Bundeswahlleiter/ Statistisches Bundesamt

**Abbildung 6:
Zeichnen die
Medien ein
zutreffendes Bild
der Flüchtlinge?**



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11049

Die Daten signalisieren eine Systemdistanz, die sich auch in der rapide gesunkenen Wahlbeteiligung niederschlägt. Deren Anstieg unter skeptischer Distanz im Bund 2013 (0,7 %) und 2017 (4,7 %) dürfte auch auf die Kandidatur der AfD zurückzuführen sein, die die, in Wahlabstinenten Abgeglittenen wieder mobilisierte. (Abb. 5, S. 25)

Nach verbreiteter Ansicht sprach die AfD vernachlässigte Themen an und überbrückte dadurch Kommunikationsdefizite. Letztere führten auch zu einem Vertrauensentzug gegenüber den Medien. (Abb. 6)

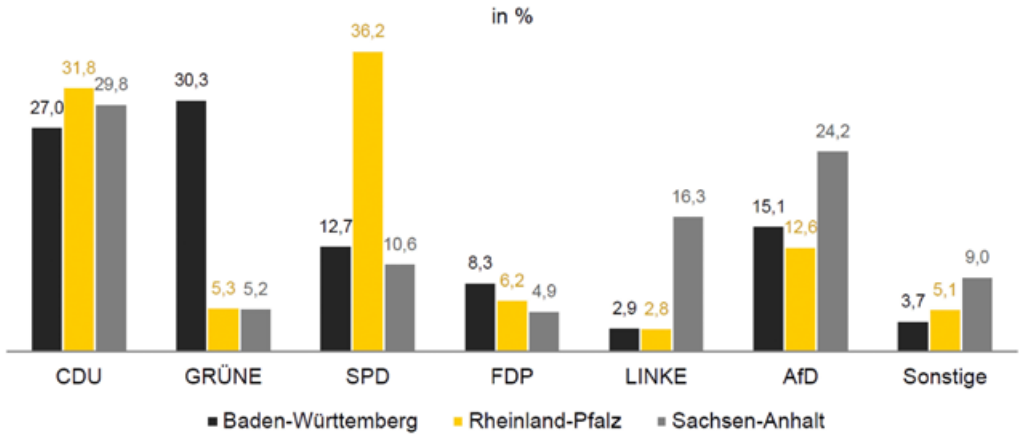
Offensichtlich befindet sich die Legitimität stiftende Kommunikation in der Krise. Ihre Promotoren in Politik und Medien haben Schwierigkeiten, viele Teile des Volkes überzeugend zu erreichen. Dies zeigen mit dem Aufstieg der AfD, der vielleicht trotz der absoluten Höhe in den neuen Bundesländern in den eigentlich stabilisierten „alten“ Bundesländern doch überraschend erscheint, die drei Landtagswahlen im März 2016, erst recht die Bundestagswahl 2017. (Abb. 7, S. 27)

Bekanntlich hat die AfD bei den Nichtwählern besonders mobilisiert und eine erhebliche Anzahl an die Urnen zurückgeholt. Dies ist an sich erfreulich, aber nicht als Resonanz auf die von ihr vertretenen Inhalte. Gleichwohl hat sie vielen Bürgern das Gefühl vermittelt, mit ihren Positionen wieder gehört zu werden.¹ Und dennoch ist die (äußerst heterogene) Gruppierung der Nichtwähler in allen drei Ländern im Vergleich zu den politischen Parteien umgerechnet auf die Wahlberechtigten

Die AfD hat sowohl Nicht- als auch Wechselwähler mobilisiert.

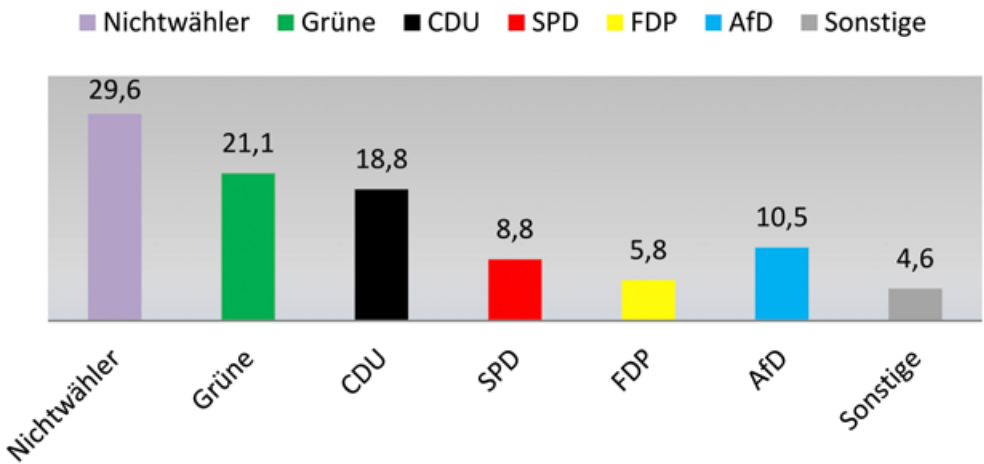
die jeweils größte geblieben, bei der Bundestagswahl 2017 ist sie gleichstark wie die stärkste Partei. (Abb. 8, S. 27, Abb. 9 und 10, S. 28)

Abbildung 7: Ergebnisse der Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt



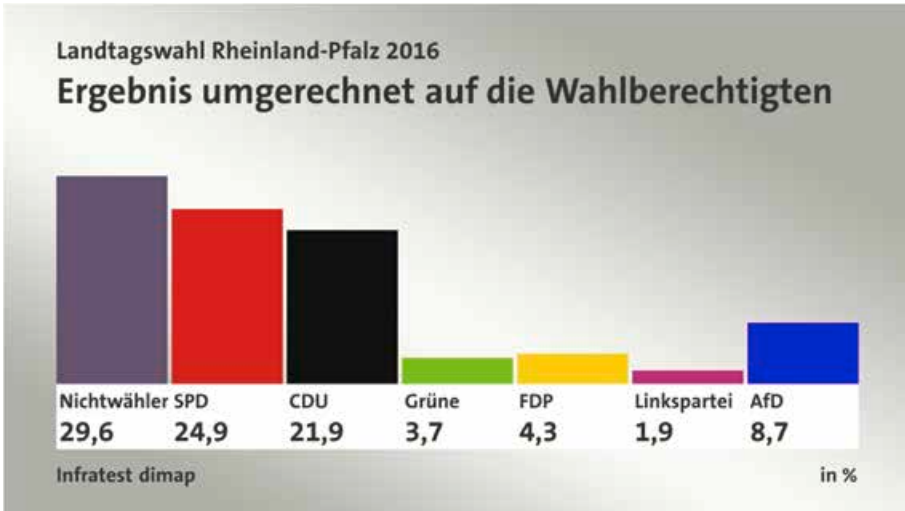
Quelle: Der Landeswahlleiter Baden-Württemberg

Abbildung 8: Wahlergebnis der Landtagswahl Baden-Württemberg 2016 umgerechnet auf Wahlberechtigte



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abbildung 9: Wahlergebnis der Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016 umgerechnet auf Wahlberechtigte



Quelle: Infratest dimap

Abbildung 10: Wahlergebnis der Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016 umgerechnet auf Wahlberechtigte



Quelle: Infratest dimap

Große Vorsicht ist angebracht mit Extremismus- und Nazismusvorwürfen. Sie werden von denen erhoben, deren Kommunikations- und Gestaltungsversäumnisse Segmente unserer Gesellschaft in den hier belegten Skeptizismus getrieben haben, eine Art Selbstverteidigung durch Diffamierung also, welche die Gefahr in sich birgt, erst recht Distanz der Skeptiker zu den Etablierten zu provozieren. Denn die AfD hat ja nicht nur von früheren Nichtwählern profitiert, sondern von CDU, SPD, Grünen, Linken und dem Rest, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Greifen wir hierzu Baden-Württemberg heraus, nicht weil es besondere Akzente setzte, sondern weil es von den drei Ländern am meisten mit Bürgerlichkeit und Wohlstand gesegnet ist und deswegen weniger „verführbar“ erschien. (Abb. 11)

Die Daten zeigen, Unzufriedenheit und Vertrauenseinbrüche verteilen sich im Parteiensystem durchaus mit Schwerpunkten, aber keineswegs nur auf der konservativen oder „rechten“ Seite.

Typisch für die Bewusstseinslage des kritischen Potenzials ist die Auskunft zahlreicher AfD-Wähler, u. U. eine Wahl der CSU in Erwägung gezogen zu haben, hätte diese nur in ihrem Land kandidiert. Dass dieser Wert in Rheinland-Pfalz am höchsten ist, spricht Bände über die dortige Kommunikations- und Wahlkampfplanung der CDU und deren bundespolitische Implikationen. (Abb. 12, S. 30)

Ignorieren und Dämonisierung seitens der klassischen Parteien haben diese Wählerpotenziale nicht eingeschränkt. Ganz im Gegenteil haben sie deren Einschätzung, nicht ernst- und

Abbildung 11: Wählerwanderung von und zu der AfD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016

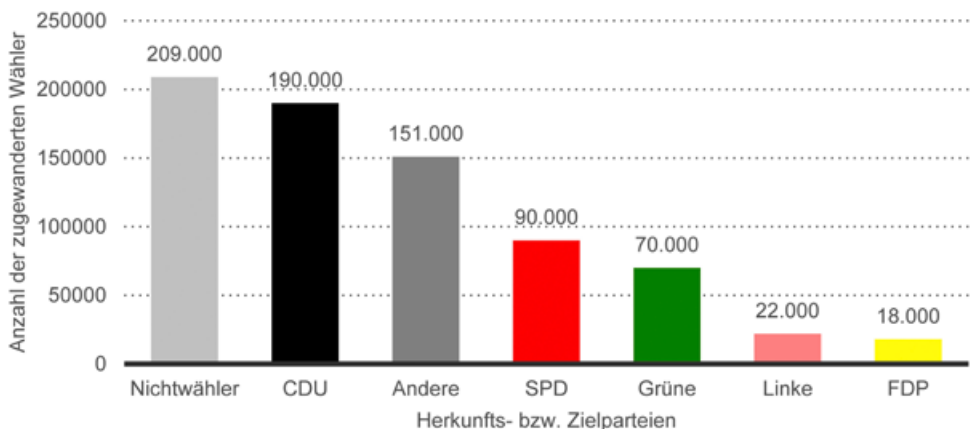
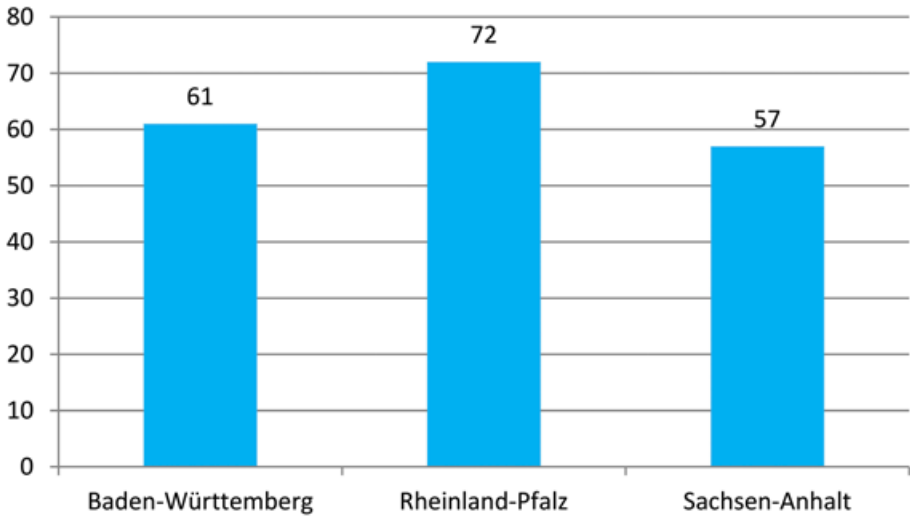


Abbildung 12: AfD-Wähler: „Es wäre gut, wenn man die CSU auch hier wählen könnte.“ (Zustimmung in %)



Quelle: Infratest dimap

wahrgenommen zu werden, nur bestätigt. Bevor er auf die Straße drängte, hatte sich der Furor gegen etablierte Politik und Medien „längst online“ formuliert, simplifizierend, diffamierend, aber Sorgen und Ängste von Bürgern aufgreifend, welche „die“ Politik ignorierte, die sich gelegentlich auch als alternativlos und erklärungs-schwach darstellte.²

Das alles rechtfertigt nicht dumpfe Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Es scheint aber doch nach Kommunikation zu verlangen, denn man kann in einer zivilisierten Gesellschaft derlei Primitivitäten nicht unbearbeitet lassen oder übergehen. Angela Merkel hat z. B. jüngst gesagt, wir wüssten zu wenig über den Islam – ein Appell an Nacharbeit und besser informierten Diskurs. Nur zu! „Man muss nicht mit jedem Idioten reden“ sagt dagegen der evangeli-

sche Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer. Aber gehören diese „Idioten“ nicht auch zum Volk? Und sind sie nicht grundsätzlich einen Argumentationsversuch wert? Verfassungsrechtlich jedenfalls ist effektive Ausgrenzung nur ein Mittel gegen explizite Verfassungsfeinde und es liegt in den Händen der Justiz. Im Alltag sollte man zumindest abwägen, ob Ausgrenzung von Mitbürgern im Namen der Toleranz und des Respekts vor Andersdenkenden prinzipiell ein logisches Instrument ist und ob sie nicht Gräben zusätzlich vertieft.

Ist das bloßstellende Argument nicht angemessener? Anscheinend meint das z. B. auch der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Kurt Kister der schreibt, man müsse „mit ihnen debattieren, man muss mit ihnen streiten,

man muss keineswegs alles verstehen wollen“, aber im gleichen Atemzug dem Vorsitzenden der SPD die zuhörende, unscheinbare Präsenz bei einer Dresdner Debatte der Landeszentrale für politische Bildung zu PEGIDA verübelt.³ Als ob es nicht auch ein Signal sein könnte zuzuhören, wo der Vorwurf erhoben wird, die Politik höre nicht mehr zu, ein Signal, das durchaus zur Differenzierung zwischen der „widerwärtigen Minderheit“ von „Nazis, Hooligans, Fremdenfeinden und ähnlichem völkischen Volk“⁴ und den Enttäuschten und Entfremdeten beigetragen haben könnte.

Nach den Untersuchungen der Dresdner Kollegen⁵ grenzen diese sich ohnehin von Rechtsextremen und Hooligans ab. Allerdings genau diesen eine Kulisse für dramatische kommunikative Resonanz gegeben zu haben, ist andererseits zu Recht zu kritisieren. Denn blinde oder auch opportunistische Mitläuferei bei Radikalen überbrückt Gräben nicht, und es entwertet in der öffentlichen Resonanz die eigene Position. Die Radikalen demaskieren, die Besorgten und Enttäuschten informieren – das ist die Aufgabe politischer Führung angesichts derartiger Bewegungen. Vor Jahrzehnten habe ich den Begriff „kommunikative Demokratie“ geprägt. Sie verlangt diskursive Überzeugungsarbeit, fortwährend, nicht nur jetzt angesichts besonderer (vermeidbarer?) Herausforderungen und auf allen Themenfeldern, nicht nur bei Zuwanderung und Integration.

Zur Irreversibilität der säkularen Freiheitsordnung

Das Fazit von all dem ist, dass wir im Gespräch halten müssen, was uns historisch und nach leidvollen Erfahrungen

Es braucht kommunikative Demokratie, die fortwährende DISKURSIVE Überzeugungsarbeit leistet.

ausmacht, nämlich, über die kommunikative Demokratie hinaus, eine wertgebundene politische Ordnung, die aus der Würde des Menschen und der daraus folgenden individuellen Entfaltungsfreiheit samt aller Chancen und Risiken, die diese Freiheit birgt, erfolgt. Das ist die Maxime für alle politische Ordnung und für alle, die sich am politischen Leben dieses Landes beteiligen wollen. Zu verstehen und zu bewahren ist die „säkulare Freiheitsordnung“⁶ von weltanschaulicher Neutralität (aber nicht Wertneutralität!). Im Gegensatz zu weltanschaulichen Zwängen eröffnet sie die Chance zur Pluralität. Deswegen z. B. die Trennung von Religion und Politik bzw. Staat. Was in Klöstern und Moscheen geglaubt wird, besitzt keinen öffentlichen Herrschaftsanspruch. Dieser schmale, eine individuelle und öffentliche Entfaltungsfreiheit des Individuums gewährleistende Basiskonsens definiert allein das Maß allgemeiner Verbindlichkeit in einem offenen, demokratischen Rechtsstaat. Öffentliche Wirksamkeit, politische Repräsentation, verlangen seine Beachtung.

Normative Orientierungen können sich immer nur auf einen relativ schmalen Grundkonsens richten. In der Tat verläuft die zentrale Scheidelinie zwischen Pluralismus und Antipluralismus, wobei Pluralität nicht wertneutral, sondern das wohl wichtigste Strukturprin-

zip freiheitlicher Ordnung ist, nämlich die Gewährleistung der Entfaltungsfreiheit des Andersdenkenden. Man hat sich immer gegen allzu weit gehende Forderungen nach vermehrter Homogenität in Staat und Gesellschaft gewehrt. Diese Gefahr besteht in der Tat immer dann, wenn auf die Vielfalt der Meinungen, Lebensstile und Orientierungen mit verstärkten Gemeinschafts- und Konsenspostulaten und auch solchen der Political Correctness reagiert wird. Weil totalitäre Systeme Homogenität erzwingen, war die Lektion der posttotalitären Epoche, Konsensforderungen einzudämmen und Konflikte in höherem Maß zu tolerieren. Gerade hier liegt ja die Grenze zwischen Weltanschauungssystemen und wertgebundenen Ordnungen. Diese Grenze gilt es ebenso bewusst zu machen, wie an die Ethik des Pluralismus und der Toleranz zu erinnern, die ein zentraler Ansatzpunkt politischer Bildung in der Nachkriegszeit war, nämlich Stereotypen aufzulösen und Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu begründen. Heute gewinnt sie in modernisierenden gesellschaftlichen Umbrüchen, Generationenkonflikten und nicht zuletzt und gerade in Zuwanderungs- und Integrationsproblemen erneut akute Relevanz. Zu ihrer Geltung verhelfen nicht Appelle, sondern nur Begründungen aus der Würde des Individuums, unabhängig von Herkunft, Rasse oder Schicht.

Diese Maxime der offenen säkularen Freiheitsordnung hat die totalitäre Erfahrung gelehrt, als Gegenpol zu einem ideologischen Übermaß an „Werten“ (z. B. Rasse oder Klasse) wie auch zur Relativierung alles Normativen. Deswegen ist nach dem Grundgesetz die Politik grundsätzlich ans Recht gebunden und auch der verfassungsgerichtlichen Kontrolle unterworfen. Wie im gesellschaftlichen Wandel diese fundamentale Option Geltung bewahren kann, ist eine Herausforderung politischer Rationalität und politischer Bildung – gerade in den Schulen.

Im sozialen Wandel, im Gefolge der Individualisierung und Pluralisierung, in der Stabilisierung des demokratischen Systems mögen diese Zusammenhänge nicht mehr so existenziell wie im unmittelbaren Gefolge totalitärer Zeiten erfahren werden. Aber sie sind der Kern des politischen Unterrichts und des Politischen überhaupt. Solange dieser Grundkonsens nicht infrage gestellt ist, gibt es jede Freiheit für plurale Entfaltungen in Mehrheit und Opposition. Aber wenn er infrage gestellt werden sollte, dann haben wir die Kriegserklärung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Böckenfördes Erkenntnis des modernen Staats als Emanzipation von weltanschaulichen Deutungssystemen ist zeitlos und wir müssen sie auf der Basis historischer (und aktueller) Erfahrungen als irreversibel erachten. Genau hier sieht Bassam Tibi ja die Herausforderung durch bestimmte, auch stimmführende Teile des Islam, welche die Trennung von Religion und Politik gerade nicht akzeptieren. Tibis „europäischer Islam“, der diese Trennung nachvollzieht, individuelle Grundrechte sowie gesellschaftlichen und politischen

**Eine säkulare Freiheitsordnung
eröffnet die CHANCE zur Pluralität.**

Ein kompatibler Islam muss den **BASISKONSENS** einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung akzeptieren.

Pluralismus akzeptiert, wäre natürlich mit dem Grundgesetz kompatibel. Leider findet Tibi keine Zustimmung im Milieu. Aber ein kompatibler Islam müsste sich genau auf diese Basis, auf den Basiskonsens, gründen. Die Interventionen der türkischen Religionsbehörde in die religiöse Praxis der Moscheen hierzulande und ihre Anmaßungen, zensierend in die Besetzung islamwissenschaftlicher Professuren einzugreifen, erstreben genau dies nicht. Dabei ist der beschriebene Grundkonsens absolut unabdingbar, wenn man das Integrationsproblem eines sich u. U. entwickelnden Vielvölkerstaates ins Auge fasst.

Es bleibt dabei: Das Volk heißt Pluralität. ///



/// PROF. DR. DR. HC EM.
HEINRICH OBERREUTER

ist Politikwissenschaftler und Leiter der Redaktion der 8. Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft.

Anmerkungen

¹ Der Thüringen-Monitor 2017 dokumentiert, dass dieses Gefühl die Demokratiezufriedenheit steigen lässt.

² Kaube, Jürgen: Die Kanzlerin hat geredet, aber was hat sie gesagt?, in: FAZ, 3.2.15.

³ Kister, Kurt: Gabriel hört den Falschen zu, in: SZ 26.1.2015.

⁴ Ebd.

⁵ Z. B. Patzelt, Werner / Klose, Joachim: PEGIDA, Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.

⁶ Dazu zuletzt: Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert, München 2007.